

Mit der Durchführung des 125. Zionistenkongresses im August diesen Jahres und der Interessenbekundung, im Jahr 2026 den UNO-Klimagipfel für die Schweiz auszurichten, erhielt die Rolle von Basel als Gaststadt für internationale Grossanlässe wieder Aufmerksamkeit. Basel als Gaststadt für nationale und internationale Grossanlässe im Rahmen der Schweizerischen Gaststaatspolitik zu positionieren, ist eine der im Legislaturplan des Regierungsrates genannten Massnahmen (Massnahme Nr. 22) zur Erreichung des Legislaturziels *Partnerschaftlich zusammenarbeiten*. Diese Positionierung wurde zudem schon im Vorfeld der OSZE-Ministerkonferenz im Jahr 2014 als Grund für die finanziellen Aufwendungen des Kantons Basel-Stadt angeführt.

Abgesehen von den einzelnen oben genannten Beispielen, welche eher zufälliger Natur sind, bleibt aber die konkrete Strategie des Regierungsrates bezüglich einer aktiven Gaststadtpolitik im Rahmen der nationalen Gaststaatspolitik für Aussenstehende unklar. Daher bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Regierungsrat eine explizite Strategie zur Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplanes, d.h. der Positionierung der von Basel als Durchführungsort für nationale und insbesondere internationale Grossanlässe?
2. Falls ja, was sind die zentralen Eckpunkte dieser Strategie, und wer ist innerhalb der Verwaltung für ihre Umsetzung zuständig?
3. Welche verwaltungsexternen Akteure wurden und werden in die Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplans einbezogen?
4. Stehen der Regierungsrat oder die Verwaltung für die Umsetzung der Massnahme 22 in einem regelmässigen Austausch mit den zuständigen Stellen des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)?
5. Anhand welcher Indikatoren misst der Regierungsrat den Erfolg der Massnahme 22 des Legislaturplans?
6. Welche personellen und finanziellen Mittel setzt der Regierungsrat zur Umsetzung der Massnahme 22 des Legislaturplans ein?

Franz-Xaver Leonhardt